



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 20.01.2023 bis 27.01.2023

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

30 Jahre Weltverfolgungsindex: Nordkorea erneut an der Spitze der Rangliste	4
Ägypten: Weitere Schritte in Richtung Religionsfreiheit	5
Aserbaidshan: Abriegelung von Berg-Karabach	6
Aserbaidshan: Appell zur Beendigung der Karabach-Blockade	7
Burkina Faso: Entführte Frauen freigelassen	8
Demokratische Republik Kongo: Bombenanschlag zeigt Verwundbarkeit der Christen	9
Deutschland: EKD-Ratsvorsitzende verurteilt antisemitischen Wahn	10
Deutschland: Entsetzen in Kirchen und Politik nach Messerattacke im Zug	11
Deutschland: Erneute Amok-Drohung gegen evangelische Schule	12
Deutschland: Netzwerk Bibel und Bekenntnis besteht seit sieben Jahren	13
Indonesien: Begleitung von Anschlagsoffer	14
Indonesien: Christlicher Gottesdienst untersagt	15
Israel: Erste Pfarrerin im Heiligen Land ordiniert	17
Kamerun: Dschihad-Terror	18
Kasachstan: Gebetsunterstützung für "Haus der Hoffnung"	19
Mosambik: US-Missionspilot weiter in Haft	20
Naher Osten: Christen brauchen mehr Einheit	21
Nigeria: Katechist verschleppt	22
Nigeria: Überfall auf Gottesdienst	23
Nigeria: Welle der Gewalt gegen Christen in verschiedenen Landesteilen	24
Pakistan: Christ wird fälschlicherweise der Blasphemie beschuldigt	27
Peru: Katholische Bischöfe wollen vermitteln	29
Russland: Für Mitarbeiter sehr schwierige Situation	30
Russland: Gebet für Weiterführung der Missionsarbeit	31
Spanien: Küster bei mutmaßlich islamistischem Anschlag ermordet	32
Sudan: Kein Rückzug für die Kirchen	33
Tschad: Wie geht es den Christen im Land	34
Ukraine: Erstmals seit Kriegsausbruch Haftstrafe für Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen	35
Ukraine: Hilfsgüter werden dringend gebraucht	36
USA: Großdemonstration für ungeborene Kinder	37
USA: Jesus-T-Shirt wird zum Ärgernis	38

30 Jahre Weltverfolgungsindex: Nordkorea erneut an der Spitze der Rangliste

Open Doors Schweiz - Einer von sieben Christen leidet aufgrund seines Glaubens unter «hoher» bis «extremer» Verfolgung. Das sind mehr als 360 Millionen Christen weltweit. Nordkorea kehrt an die Spitze des Index zurück, in Afrika südlich der Sahara wütet die Gewalt und weltweit wurden im vergangenen Jahr mindestens 5'621 Christen wegen ihres Glaubens getötet.

Dies sind die zehn Länder, in denen der christliche Glaube am stärksten bekämpft wird: Nordkorea steht an der Spitze der Rangliste, vor Somalia, dem Jemen, Eritrea und Libyen. Darauf folgt Nigeria auf Platz 6, vor Pakistan, Iran, Afghanistan und dem Sudan.

Nordkorea wieder auf Platz 1

Nach der Machtübernahme durch die Taliban, die ab August 2021 zahlreiche Christen wegen ihres Glaubens ermordeten und einige Tausend andere in die Flucht trieben, hatte Afghanistan erstmals den ersten Platz auf dem Index 2022 eingenommen. Zu Beginn des Jahres 2023 kehrt Nordkorea auf den ersten Platz zurück, den es – mit Ausnahme des letzten Jahres – seit dem Index 2002 innehatte. Mit 98 Punkten erreichte das Land die höchste Punktzahl seit Beginn des Index; nach der Einführung des neuen «Gesetzes über reaktionäre Ideen» wurden mehr Hauskirchen entdeckt und mehr Christen verhaftet. Verhaftung bedeutet Hinrichtung oder lebenslange Internierung in einem der schrecklich unmenschlichen Lager für politische Gefangene. «Christen waren schon immer an vorderster Front der Angriffe des Regimes. In Nordkorea kann es nur einen Gott geben, und das ist die Familie Kim», beschreibt Timothy Cho, ein nordkoreanischer Flüchtling, die verzweifelte Lage in seinem Heimatland.

Eine Verbesserung der Lage in Afghanistan, das auf Platz 9 liegt?

Afghanistan fällt in der Rangliste der Länder, in denen Christen am stärksten verfolgt werden, deutlich zurück.

Aber unter der Herrschaft der Taliban hat sich für sie nichts wirklich geändert: Sie sind heute nicht sicherer als früher. Die neue Platzierung zeigt lediglich, dass es weniger konkrete Beweise für Angriffe auf Christen gibt als im Vorjahr, was zum Teil auf die Massenflucht der Christen nach der Eroberung des Landes durch die Taliban im August 2021 zurückzuführen ist und zum Teil darauf, dass es äusserst schwierig geworden ist, die Gewalttaten der Taliban dem christlichen Glauben zuzuschreiben, da die wenigen Christen, die noch im Land leben, in die völlige Anonymität abgetaucht sind.

30 Jahre Weltverfolgungsindex - Ihr Einsatz an ihrer Seite!

Der Weltverfolgungsindex von Open Doors wird seit 1993 jedes Jahr veröffentlicht. In den 30 Jahren, in denen Open Doors ihn erstellt, hat die Verfolgung von Christen weltweit in alarmierender Weise zugenommen. Im Jahr 1993 beispielsweise konzentrierten sich die Christen, die einem «hohen» bis «extremen» Verfolgungsgrad ausgesetzt waren, auf 40 Länder. Diese Zahl hat sich mit 76 Ländern im Jahr 2023 fast verdoppelt.

Die grösste Bedrohung für das Christentum, die der Weltverfolgungsindex aufzeigt, besteht darin, dass Verfolgung zu Isolation führt und, wenn sie über einen längeren Zeitraum andauert, dazu führen kann, dass die Menschen die Hoffnung verlieren. Dasselbe gilt für Gewalt, die zu einem so schweren persönlichen Trauma führen kann, dass es zu einem Verlust von allem kommt, was eine Person zum Überleben braucht.

Die Vision von Open Doors ist es, dass kein Christ allein mit Verfolgung konfrontiert sein sollte. Vielen Dank für Ihre treue Unterstützung bei dieser Mission... seit 30 Jahren – oder für einige von Ihnen sogar noch länger!

Quelle: Open Doors Schweiz

https://www.opendoors.ch/news/weltverfolgungsindex-2023-nordkorea-erneut-an-der-spitze-der-rangliste/?_cldee=GvU3DEjcfiEWLAvChIMow3w1Fm2w05XWt4nskToGrWk4MUY0Yx_ez4_c9rymy5Ji&recipientid=contact-f8987c35c926e711940400155d0c1929-cdeb9381599a4319bb6fc450a1df583d&esid=a6f35a58-1197-ed11-aad1-0022489bde77

Ägypten: Weitere Schritte in Richtung Religionsfreiheit

IIRF-D/BF/Tübingen/26.01.23 - Die ägyptische Regierung hat weitere 73 Kirchen und kirchennahe Gebäude genehmigt. Wie am 24. Januar bekannt gegeben wurde, handelt es sich um die 25. Serie von Genehmigungen, seit der Regierungsausschuss, der das Genehmigungsverfahren überwacht, 2017 seine Arbeit aufgenommen hat. Mit dieser Entscheidung steigt die Zahl der Kirchen, denen eine Lizenz erteilt wurde, auf 2.599 von 3.730, die eine Registrierung beantragt hatten, nachdem ein Gesetz zum Bau und zur Wiederherstellung von Kirchen die aus der osmanischen Zeit stammenden Beschränkungen für Kirchengebäude im Jahr 2016 aufgehoben hatte.

Quelle: Barnabas Fund 25. 1. 2023

Aserbaidshon: Abriegelung von Berg-Karabach

IIRF-D/BF/Tübingen/26.01.23 - Die mehrheitlich von Christen bewohnte Region Berg-Karabach ist seit sechs Wochen von einer Blockade betroffen. Die armenisch-christliche Enklave, die auf aserbaidshonischem Gebiet liegt, ist seit dem 12. Dezember von Armenien abgeschnitten, da aserbaidshonische Demonstranten die einzige Zugangsrouten, die als Lachin-Korridor bekannte Bergstraße, blockieren. Den Bewohnern von Berg-Karabach mangelt es an Medikamenten, Treibstoff, Medizin, Hygieneartikeln und vor allem an Lebensmitteln. Barnabas Aid hat Lebensmittel geschickt.

Quelle: Barnabas Fund 25. 1. 2023

Aserbaidshen: Appell zur Beendigung der Karabach-Blockade

Die Wurzeln des Christentums in Berg-Karabach reichen bis ins 4. Jahrhundert zurück. Jetzt sieht sich die christliche Bevölkerung massiv bedroht. CSI schreibt an Bundespräsident Alain Berset: Die Schweiz soll im UNO-Sicherheitsrat intervenieren.

IIRF-D/CSI/Tübingen/20.01.23 – CSI macht sich stark für eine Beendigung der Blockade von dem von ethnischen Armeniern (Christen) bewohnten Gebiet Berg-Karabach durch Aserbaidshen (Muslime):

„Seit über einem Monat blockiert Aserbaidshen den Latschin-Korridor. 120.000 Karabach-Armenier sind abgeschnitten von der Versorgung von aussen. CSI fordert die Schweiz auf, die Blockade zu verurteilen und im UNO-Sicherheitsrat auf eine humanitäre Luftbrücke zwischen Eriwan und Stepanakert zu drängen. Nun wendet sich die Menschenrechtsorganisation an Bundespräsident Alain Berset.

«Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren, sondern müssen jetzt handeln. Wird die Blockade Aserbaidshens nicht aufgehoben, erwartet uns schon anfangs Februar eine humanitäre Katastrophe.» Im Brief an Bundespräsident Alain Berset bittet Christian Solidarity International (CSI) die Schweiz dringend, die am 12. Dezember 2022 errichtete Blockade gegen die 120.000 Armenier in Berg-Karabach zu verurteilen. Gleichzeitig soll die Schweiz ihre Position im UNO-Sicherheitsrat nutzen und auf die Errichtung einer humanitären Luftbrücke von Eriwan nach Berg-Karabach drängen, solange die Blockade besteht. Die Forderung nach einer humanitären Luftbrücke wird von der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats unterstützt.

Bundesrat muss seine Versprechen umsetzen

Im Brief an den Bundespräsidenten dankt CSI der Schweizer Regierung, dass sie die vom IKRK durchgeführten medizinischen Notevakuierungen unterstützt. Doch das genüge nicht und die Zeit dränge. CSI erinnert den Bundespräsidenten an das am 31. August 2022 vom Bundesrat abgegebene Versprechen, dass die Schweiz während ihrer Zeit als Mitglied des UNO-Sicherheitsrates dem Schutz der Zivilbevölkerung Priorität einräume. Es gelte nun, diese Absichtserklärung im Fall von Berg-Karabach umzusetzen, und zwar «mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln».

Burkina Faso: Entführte Frauen freigelassen

Sicherheits- und Ernährungslage bleiben prekär

Ouagadougou (Fides) - Die Nachricht von der Freilassung von 27 der etwa 50 Frauen, die zwischen dem 12. und 13. Januar 2023 zusammen mit ihren Kindern in der nördlichen Provinz Soum entführt worden waren, liegt erst wenige Tage zurück. Das staatliche Fernsehen des Landes zeigte Bilder von den Frauen, die zusammen mit 39 Kindern von ihren Entführern freigelassen und in die Hauptstadt Ouagadougou gebracht wurden.

Das Phänomen der Massenentführung von Frauen war in Burkina bisher unbekannt. Die Opfer waren auf der Suche nach Lebensmitteln außerhalb des Dorfes Liki, etwa 15 km von der Stadt Aribinda entfernt. Im Bezirk Aribinda kam es seit mehreren Wochen immer wieder zu Zusammenstößen zwischen den Sicherheitskräften und diesen bewaffneten Gruppen. Das Gebiet gehört zu den am stärksten vom islamistischen Terrorismus betroffenen Regionen, in dessen Folge in den letzten Jahren Tausende von Zivilisten in den Tod gerissen und rund zwei Millionen Menschen (bei einer Bevölkerung von 22 Millionen) gezwungen waren, ihre Heimat zu verlassen.

Da weite Teile des Nordens von den Aufständischen blockiert sind, hat sich in Burkina Faso auch Ernährungslage hat sich in den letzten Monaten besonders zugespitzt, was die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln gefährdet. Im September 2022 wurden Dutzende von Soldaten getötet, als ein Konvoi von 150 Fahrzeugen mit Versorgungsgütern in der nördlichen Stadt Djibo, der Hauptstadt von Soum, angegriffen wurde.

Das Land erlebt außerdem wochenlang hohe Spannungen aufgrund von antifranzösischen Demonstrationen in der Hauptstadt. Die beiden Militärputsche, einer im Januar und der andere zwischen Ende September und Anfang Oktober 2022, haben die Beziehungen zwischen Ouagadougou und Paris belastet.

Burkina Faso, das derzeit vom Übergangspräsidenten Ibrahim Traorè geführt wird, ist bisher nicht in der Lage, die dschihadistische Gewalt im Norden des Landes einzudämmen.

(AP) (Fides 21/1/2023)

Demokratische Republik Kongo: Bombenanschlag zeigt Verwundbarkeit der Christen

Neuer Weltverfolgungsindex veranschaulicht das dramatische Ausmaß der Christenverfolgung

(Open Doors, Kelkheim) – Es begann als ein fröhlicher Taufgottesdienst: In der Kleinstadt Kasindi-Lubirigha, nahe der Grenze zu Uganda, versammelten sich am vergangenen Sonntag viele Dutzend Christen in den Räumen der örtlichen Pfingstgemeinde ([wir berichteten](#)). Doch mitten im Gottesdienst detonierte ein Sprengsatz und riss nach derzeitigem Stand 17 Menschen in den Tod, 20 weitere erlitten schwere Verletzungen. Auf dem heute erschienenen Weltverfolgungsindex belegt die Demokratische Republik Kongo den 37. Platz.

„Wir werden unserem Herrn weiter dienen“

In den nordöstlichen Provinzen Nord-Kivu und Ituri nimmt die dschihadistische Gewalt gegen die mehrheitlich christliche Bevölkerung zu. Immer wieder kommt es zu tödlichen Überfällen in dieser Region, bei denen besonders christliche Dörfer, Kliniken und Pastoren betroffen sind. Viele Gebiete wurden infolgedessen von Christen geräumt. Die Taten werden den islamistischen „Allied Democratic Forces“ (ADF) zugeschrieben, die im Jahr 2019 dem IS ihre Loyalität schworen. Wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, hat der IS sich über seinen Telegram-Kanal zu dem Anschlag in Kasindi-Lubirigha bekannt.

Wie Augenzeugen berichten, detonierte die Bombe etwa 15 Minuten nachdem der Pastor die Kanzel bestiegen hatte. Die Verletzten wurden in medizinische Einrichtungen in Kasindi und der etwa 90 km entfernten Stadt Beni gebracht. Der stellvertretende Gemeindepastor Abraham sagte in einer ersten Reaktion: „Wir leben in einer Welt voller Schwierigkeiten, aber wir werden unseren Glauben nicht verleugnen und unserem Herrn weiter dienen.“ Er wurde gemeinsam mit zwei weiteren Co-Pastoren (Reverend Kasuki und Pastor Tudu) für nähere Befragungen von der Polizei zur Wache gebracht. Der genaue Tathergang wird derzeit noch untersucht. Einigen Quellen zufolge waren sogar drei Bomben auf dem Gelände der Kirche deponiert worden, von denen jedoch nur eine explodierte.

Dorcas Moussi*, Teamleiterin von Open Doors in Zentralafrika, kommentierte den Vorfall: „Wir verurteilen diesen Angriff auf das Schärfste und drücken den Betroffenen unser tiefstes Mitgefühl aus. Es ist entsetzlich, dass Menschen, die sich zu einem Gottesdienst versammelt hatten, auf diese Weise angegriffen wurden. Dennoch kommt dies leider nicht überraschend.“

Gebet – die wichtigste Antwort auf eine weltweite Herausforderung

Während die Christen in Kasindi versuchen, das Geschehen zu verarbeiten, ist heute der Weltverfolgungsindex 2023 erschienen. Die umfangreiche Dokumentation der Situation für Christen in 50 Ländern erscheint jedes Jahr und gibt Einblick, welche dramatische Dimension die weltweite Christenverfolgung mittlerweile angenommen hat. Der blutige Anschlag vom vergangenen Sonntag unterstreicht, wie aktuell das Thema ist und wie dringend Christen in diesen Ländern auf unsere Hilfe und Unterstützung angewiesen sind.

Dazu noch einmal Dorcas Moussi: „Wir rufen die internationale Gemeinschaft auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Regierung in angemessener Weise zu unterstützen und sicherzustellen, dass sich solche Vorfälle nicht wiederholen. Wir rufen auch die weltweite Kirche dazu auf, für Gottes Trost für die Hinterbliebenen und seine Versorgung für seine Kirche unter diesen Umständen zu beten.“

Quelle: Open Doors Deutschland

https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/demokratische-republik-kongo-bombenanschlag-zeigt-verwundbarkeit-der-christen?pk_campaign=GM&pk_kwd=20230118

Deutschland: EKD-Ratsvorsitzende verurteilt antisemitischen Wahn

Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar

Hannover (IDEA) – Zu mehr Wachsamkeit vor Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit hat die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Präses Annette Kurschus (Bielefeld), aufgerufen. Anlass ist der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar. Der antisemitische, rassistische und antiziganistische Wahn sei entsetzlich und zersetzend. Er könne jeden Menschen treffen. „Auf keinen Fall nehmen wir diesen Wahn hin“, erklärte Kurschus laut einer Mitteilung der EKD-Pressestelle in Hannover. Auch die Kirchen seien nicht frei von solchen Haltungen. Antisemitismus zerstöre das Fundament, auf dem Christen stünden. Kurschus: „Es ist tägliche Aufgabe eines jeden und einer jeden, judenfeindliches Denken zu bekämpfen, das immer noch tief in unserer Gesellschaft verwurzelt ist, und immer wieder neu bei Angriffen auf jüdische Menschen und Gebäude zum Vorschein kommt.“ Am 27. Januar 1945 hatten sowjetische Soldaten die Überlebenden des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau befreit. Dort wurden mehr als eine Million Menschen ermordet. Seit 1996 ist der 27. Januar nationaler Gedenktag der Bundesrepublik Deutschland und seit 2005 offizieller Holocaust-Gedenktag der Vereinten Nationen (UNO). In zahlreichen Kirchengemeinden wird der Gedenktag mit Gottesdiensten und Veranstaltungen begangen.

Deutschland: Entsetzen in Kirchen und Politik nach Messerattacke im Zug

33-jähriger Palästinenser tötete zwei junge Menschen und verletzte sieben Personen

Hamburg/Kiel (IDEA) – Repräsentanten aus Kirche und Politik haben mit Entsetzen auf die Messerattacke vom 25. Januar in einem Regionalzug von Kiel nach Hamburg reagiert. Ein 33-jähriger staatenloser Palästinenser hatte Fahrgäste kurz vor dem Halt in Brokstedt im Kreis Steinburg mit einem Messer angegriffen, eine 17-Jährige und einen 19-Jährigen getötet sowie sieben weitere Personen schwer verletzt. Nach Angaben der Polizeidirektion Itzehoe konnten Fahrgäste den mutmaßlichen Täter bis zum Eintreffen der Polizei am Bahnhof festhalten. Die Hintergründe der Tat seien bislang unklar, hieß es. Wie der „Spiegel“ berichtet, war der mutmaßliche Täter Ibrahim A. im Dezember 2014 aus Gaza nach Deutschland eingereist. Er gilt als polizeibekannt. Ihm wurden mindestens zwölf Straftaten vorgeworfen, darunter zweimal gefährliche Körperverletzung und ein sexueller Übergriff. Sechs Tage vor dem Angriff im Zug war er aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Landesbischöfin: Betroffenen beistehen

Die Landesbischöfin der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland, Kristina Kühnbaum-Schmidt (Schwerin), sagte: „Mit Anteilnahme und in Gedanken bin ich bei den Opfern, ihren Angehörigen und allen, die in Angst und Schrecken sind.“ Sie bete darum, dass die Verletzten gesund würden und dass „alle, die diese Tat miterleben mussten, seelischen Beistand erfahren“. Der katholische Hamburger Erzbischof Stefan Heße sagte, das Verbrechen von Brokstedt versetze ein ganzes Land in tiefe Trauer und Fassungslosigkeit: „Ich bete für die Opfer, die Menschen, die die Tat miterleben mussten, die Angehörigen und alle, die nun helfend und aufklärend tätig sind.“ Er habe alle Gemeinden in Schleswig-Holstein gebeten, in den Gottesdiensten in den kommenden Tagen besonders für die Betroffenen zu beten.

Mansour: Abschiebep Praxis überdenken

In der ZDF-Sendung „Markus Lanz“ sagte der aus Israel stammende Psychologe und Publizist Ahmed Mansour (Berlin): „Ich habe das Gefühl, dass in den letzten Jahren in Deutschland genau solche Taten öfter passierten. Das macht mich wütend, fassungslos und auch traurig.“ Er regte an, die Abschiebep Praxis zu überdenken: „Menschen, die permanent, wie in diesem Fall natürlich mutmaßlich, nicht zum ersten Mal konsequent Straftaten begehen und unseren Rechtsstaat verachten, da müssen wir einen Weg finden, diesen Menschen auch Konsequenzen zu zeigen.“ Wichtiger sei es jedoch, die Integration zu verbessern. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) betonte, die Hintergründe dieser „sinnlosen Tat“ müssten so schnell wie möglich aufgeklärt werden. „Schleswig-Holstein trauert“, sagte er: „Es ist ein furchtbarer Tag.“ Er sei in Gedanken und Gebeten bei den Betroffenen und ihren Angehörigen.

Deutschland: Erneute Amok-Drohung gegen evangelische Schule

Gelsenkirchen: Die Polizei verdächtigt einen 24-Jährigen Gelsenkirchener

Gelsenkirchen (IDEA) – Zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage hat ein Unbekannter am 20. Januar eine Amok-Tat an der Evangelischen Gesamtschule in Gelsenkirchen angekündigt. Das teilte die Polizei Gelsenkirchen mit. Die erste Drohung www.idea.de/artikel/gelsenkirchen-amok-drohung-gegen-evangelische-schule war am 18. Januar per E-Mail eingegangen. Die Polizei hatte das Gebäude daraufhin mit starken Kräften geräumt und gesichert. Nach dem Eingang der zweiten Droh-Mail wurde die Schule morgens gesperrt und durchsucht. Im Verlaufe des Tages habe sich ein Tatverdacht gegen einen 24-Jährigen Gelsenkirchener ergeben, erklärte die Polizei. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung seien keine gefährlichen Gegenstände gefunden worden. Die Beamten beschlagnahmten Datenträger, die in den nächsten Tagen ausgewertet werden sollen. Der Verdächtige wurde vorläufig festgenommen, später aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Trägerin der Schule ist die Evangelische Kirche von Westfalen.

Deutschland: Netzwerk Bibel und Bekenntnis besteht seit sieben Jahren

Parzany: Entscheidungen widerstehen, die der Bibel widersprechen

Kassel (IDEA) – Das Netzwerk Bibel und Bekenntnis will Christen und Gemeinden unterstützen, die sich an Gottes Wort halten. Das betont dessen Leiter und Gründer, Pfarrer Ulrich Parzany (Kassel), in einer „Zwischenbilanz“ zum siebenjährigen Bestehen des Netzwerks, das im Januar 2016 gegründet wurde. Es will nach eigenen Angaben Christen durch biblische Lehre in ihrem Glauben an Jesus Christus stärken. Ferner lehnt es die Segnung und kirchliche Trauung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften sowie die kirchliche Förderung der Gender-Ideologie ab. Nach den Worten von Parzany fehlt es damals wie heute an deutlichem Widerstand gegen Entscheidungen von Kirchenleitungen und Synoden, „die eindeutig Bibel und Bekenntnis widersprechen“. Zugleich räumt er ein, dass man politische Entscheidungen in Politik und Kirche nicht mehr ändern könne. Jedoch wolle das Netzwerk weiter darauf hinweisen, was seit Beginn der christlichen Kirche gelte: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“ (Apostelgeschichte 5,29). Deshalb stehe im Netzwerk die Autorität der Bibel, die Bedeutung von Jesus Christus, sein stellvertretender Tod am Kreuz und seine Auferstehung im Mittelpunkt.

Beim Thema „Homosexualität“ geht es nicht um eine ethische Randfrage

Parzany weist Forderungen zurück, die Debatte zum Thema Homosexualität ruhen zu lassen. Nach seinen Worten ist die Frage der Sexualität nicht zuerst eine moralische Frage: „Indem sich Gott als Schöpfer der Welt offenbart, wird zugleich offenbart, dass er Menschen als Ebenbild Gottes in der Polarität und Gemeinschaft von Mann und Frau geschaffen wurde.“ Diese Sicht habe Jesus Christus ausdrücklich bestätigt. Es gehe also nicht um eine ethische Randfrage, „sondern um die Offenbarung Gottes, wie sie in der Bibel dokumentiert ist“. Parzany: „Das Thema Sexualität wird uns Christen aufgedrängt, ob wir wollen oder nicht.“ Die meisten wollten es nicht, weil man in der Gesellschaft nur an Ansehen verlieren könne, wenn man sich nach biblischen Maßstäben zu diesem Thema positioniere. Doch bei Sexualität und Genderfragen geht es nach den Worten von Parzany nicht nur um Fragen des privaten Lebensstils: „Sex und Gender sind heute hochpolitische Themen.“ Es gehe um Gesellschaftsveränderung: „Wie dramatisch diese Veränderungen sind, erleben wir im Jahr 2023 in der politischen Debatte um das geplante ‚Selbstbestimmungsgesetz‘.“ Laut Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sollen schon 14-Jährige ihr Geschlecht frei wählen und den Eintrag bei den Behörden ändern lassen können. Dazu schreibt Parzany: „Es sollte uns allen klar sein, dass es bei Homosexualität nur um einen Teil des umfassenderen Gender-Themas geht. Es geht um das Menschenbild.“

Viele Gemeinden bringen das Evangelium fröhlich unter die Leute

Nach einer Analyse, wie sich Landes- und Freikirchen, Landeskirchliche Gemeinschaften sowie die Deutsche Evangelische Allianz zu dem Thema Homosexualität bisher positioniert haben, zeigt sich Parzany dankbar, dass es viele Gemeinden gebe, „die fröhlich das Evangelium von Jesus unter die Leute bringen“. Neue eigene Strukturen aufzubauen, sei nicht Aufgabe des Netzwerks: „Wir wollen Stimme sein und stärken.“ Auch sei die Mitgliedschaft in dem Netzwerk „kein Ersatz für die Zugehörigkeit zu einer Ortsgemeinde“.

Es ist eine Ehre, mit verfolgten Christen verbunden zu sein

Wie er weiter schreibt, wächst „die Kirche des Herrn Jesus Christus weltweit“. So erlebe man in der islamischen Welt so viele Bekehrungen, „wie es sie seit Jahrhunderten nicht gegeben hat“. Zur Christenverfolgung heißt es: „Es ist eine Ehre, mit ihnen in dem einen Leib Christi weltweit verbunden zu sein.“ Man könne von ihnen lernen, dass Jesus-Nachfolge einen hohen Preis hat und haben wird. Das Netzwerk verstehe sich zudem als Bußbewegung zur Erneuerung der Gemeinden. Parzany: „Wir haben keine Mehrheit und Macht.“ Es wäre ihm und anderen eine Freude, wenn sich das Netzwerk baldmöglichst auflösen könnte, „weil in Gemeinden, Verbänden und missionarischen Initiativen das Evangelium von Jesus in Wahrheit, Klarheit, Liebe und Kraft stärker wirkt als je zuvor. Wir sehnen uns danach, dass es auch in unserem Land geschieht.“ Zum Netzwerk Bibel und Bekenntnis gehören über 3.000 Mitglieder sowie rund 80 Gemeinden und Organisationen.

Indonesien: Begleitung von Anschlagsoffer

Washington D.C. (International Christian Concern) - ICC-Mitarbeiter besuchten junge Überlebende von zwei früheren schrecklichen Bombenanschlägen in Indonesien.

Der erste Anschlag ereignete sich im November 2016 und verletzte die Kleinkinder Alvaro (4), Anita (2), Intan (2) und Trinity (3). Intan starb an ihren Verletzungen, und die anderen mussten leiden und operiert werden.

Das ICC hat zusammen mit anderen Organisationen den Familien von Alvaro, Anita und Trinity geholfen und über ihre Genesung berichtet.

"Was ich bei diesen jungen Opfern sehe, ist ihre Widerstandsfähigkeit", sagte Gina Goh, ICC-Regionalmanagerin für Südostasien, die die jungen Überlebenden besuchte und über die Jahre hinweg mit ihren Familien in Kontakt blieb. "Es geht ihnen gut und sie erholen sich.

Der zweite Selbstmordanschlag ereignete sich in der Sacred-Heart-Kathedrale im März 2021.

Bei der Explosion wurden die Freundinnen Edeline, Karina und Valeri verletzt.

Die ICC stand den Überlebenden von Anfang an zur Seite, unterstützte sie in ihren Grundbedürfnissen und übernahm die Reisekosten für Familienmitglieder zu und von Behandlungen.

"Wir haben sie in diesem Prozess von dem Angriff bis heute begleitet; wir haben sie gleich am Anfang aufgesucht", sagte Goh. "Edeline sagte, dass es ihr sehr viel bedeutet hat, als wir sie im Krankenhaus besuchten und ihr anboten, für sie zu beten, da sie wusste, dass sich jemand um sie kümmerte, den sie nicht kannte."

ICC-Mitarbeiter besuchten Valeri und Karina (Edeline ist bereits in ihre Heimatstadt zurückgekehrt) im vergangenen Jahr. Valeri begann ein Praktikum als Krankenschwester im Krankenhaus. Karina ist Krankenpflegeschülerin und Edeline arbeitet für ein staatliches Outsourcing-Unternehmen.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Indonesien: Christlicher Gottesdienst untersagt

Die Kirche, die einen Veranstaltungsort nicht mehr mieten konnte, darf keinen neuen Standort mehr beziehen.

IIRF-D/MorningStarNews/ICC/Tübingen/26.01.23 - Eine Kirche in Indonesien wurde am 8. Januar daran gehindert, einen Sonntagsgottesdienst vor dem Rathaus abzuhalten, nachdem sie ihren vorherigen Gottesdienstort in einem Einkaufszentrum verloren hatte. Schon an Weihnachten wurde es einer Gemeinde südlich von Jakarta verwehrt, ihren Gottesdienst abzuhalten ([wir berichteten](#)).

Nach dem Widerstand gegen die Gottesdienste der Kirche in einem Einkaufszentrum in Medan, Provinz Nordsumatra, untersagten der Leiter des Ordnungsamtes von Medan (Satpol Pamong Praja, oder SPP), Rakhmat Harahap, und seine Einheit einer christlichen Gemeinde der Elim Church Indonesia (GEKI) die Abhaltung von Gottesdiensten in der Nähe des Rathauses von Medan.

Ein in den sozialen Medien aufgetauchtes Video zeigt eine Reihe von SPP-Mitgliedern der Stadt Medan mit Gemeindegliedern mitten im Verkehr auf der Kapten Maulana Street im Medan Petisah Sub-Distrikt Petisah Tengah, Medan. Der Ort befindet sich etwa 150 Meter vom Rathaus von Medan entfernt.

Auf dem Video ist zu sehen, wie ein Kirchenführer Harahap auffordert, zu verraten, wer das Verbot des Sonntagsgottesdienstes gegen die Gemeinde verhängt hat, worauf Harahap antwortet: "Das muss ich Ihnen nicht sagen."

In dem Video sagt Harahap, dass der Platz in der Nähe des Rathauses nicht für religiöse Zwecke vorgesehen sei und daher von den Anwohnern abgelehnt werde. Harahap erklärte am 14. Januar gegenüber der Online-Zeitung TribunMedan, dass die GEKI-Gemeinde keine Genehmigung für die Abhaltung eines Gottesdienstes an diesem Ort habe. Er fügte hinzu, dass es kein Verbot für christliche Gottesdienste gebe, dass aber Alle die Gesetze einhalten müssten.

Pfarrer Henrek Lokra, Exekutivsekretär für Gerechtigkeit und Frieden der Gemeinschaft Christlicher Kirchen (PGI), erklärte gegenüber Morning Star News, dass die GEKI-Gemeinde zuvor einen Raum im Suzuya-Einkaufszentrum für Gottesdienste angemietet hatte, was jedoch abrupt beendet wurde.

"Sie hatten einen Raum in der Suzuya Mall gemietet, wurden aber von einer Gruppe von Menschen daran gehindert", sagte Lokra. "Später sprach sich auch die örtliche Verwaltung dagegen aus, da das Einkaufszentrum ihrer Meinung nach nicht als Ort für Gottesdienste vorgesehen ist."

GEKI-Gemeinden haben seit dem 1. Januar dreimal Gottesdienste in der Nähe des Rathauses von Medan abgehalten, sagte Suryani Paskah Naiborhu, Stellvertreter des Generalschatzmeisters des Zentralvorstandes der Indonesischen Christlichen Jugendbewegung (GAMKI), am 10. Januar gegenüber [medanbisnisdaily.com](#).

Suryani sagte, das Verbot von Gottesdiensten verstoße gegen alle höheren Gesetze, einschließlich der Verfassung, wie RMOL Sumut am 4. Januar zitierte. Die Stadtverwaltung von Medan habe eine Rolle bei der Lösung des Problems der GEKI-Gemeinde zu spielen.

Der Generalsekretär der PGI, Region Nordsumatra, Pfarrer Eben Siagian, sagte am 10. Januar gegenüber [HarianSIB.com](#), dass das Verbot des Gottesdienstes unangemessen sei. Der Eigentümer des Suzuya-Gebäudes habe das Recht, einen der Räume im Einkaufszentrum für Gottesdienste zu vermieten, solange es keine schädlichen Aktivitäten gebe.

"Wie lange wird es dauern, bis Vorfälle wie dieser in unserem Land aufhören?" sagte Siagian. "Was sind ihre Einwände und ihr Verlust, wenn es in Suzuya einen Ort christlicher Anbetung gibt?"

Die Polizei müsse die Gründe für die Einwände der Einheimischen untersuchen, sagte er am 8. Januar, denn die Regierung müsse die Religionsausübung im Einklang mit den verfassungsmäßigen Garantien der Religionsfreiheit ermöglichen. Er appellierte an alle Parteien, fair zu handeln, und sagte, niemand dürfe Einwände gegen Gottesdienstorte erheben.

Sein Kollege Lokra vom PGI pflichtete ihm bei und sagte, die Regierung dürfe Christen nicht ständig bedrohen.

"Die Regierung hat laut Verfassung die Aufgabe, die Probleme der Gesellschaft zu lösen, und nicht, Probleme zu schaffen", sagte er.

Die Abhaltung von Gottesdiensten auf Bürgersteigen oder vor Regierungsgebäuden, um die Aufmerksamkeit hochrangiger Beamter in dem mehrheitlich muslimischen Land zu erregen, ist keine neue Praxis.

In den 1990er Jahren, auf dem Höhepunkt des indonesischen Regimes der Neuen Ordnung, haben Gemeinden der Christlichen Kirche des protestantischen Indonesiens (GKPI) und Katholiken in derselben Stadt, Medan, diese Praxis angewandt, nachdem ihre Gottesdienste verboten worden waren.

Unter dem Vorwand, dass die Gemeinden keine gesetzliche Erlaubnis hätten - Anträge darauf werden weitgehend ignoriert oder abgelehnt - begannen sie, Gottesdienste auf dem Bürgersteig abzuhalten. Sie hörten damit auf, nachdem sich zwei führende christliche Organisationen der Aktion angeschlossen hatten, was die lokale Verwaltung schließlich dazu veranlasste, Genehmigungen zu erteilen.

Die Gemeinden der Indonesischen Christlichen Kirche von Bogor (GKI Yasmin Bogor) und der Filadelfia Huria Kristen Batak Protestant, Bekasi, gingen in gleicher Weise vor. Beide Gemeinden hielten seit Februar 2012 alle zwei Wochen Gottesdienste vor dem Staatspalast in Zentral-Jakarta ab, nachdem ihre Kirchen von religiösen Radikalen verboten worden waren. Lokra vom PGI sagte, dass diese Praxis während der COVID-19-Pandemie beendet wurde.

Am Dienstag (17. Jan.) wies der indonesische Präsident Joko Widodo die regionalen Behördenleiter darauf hin, dass alle Beamten vorsichtig sein sollten, wenn es um das Verbot von Gotteshäusern auf der Grundlage von Vorschriften oder Anweisungen der lokalen Verwaltung geht. "Lassen Sie nicht zu, dass die Verfassung gegen eine Vereinbarung [von lokalen Beamten] verliert", sagte Widodo auf dem nationalen Koordinierungstreffen der Regionalleiter in Sentul, West-Java. "Die Verfassung darf nicht aufgrund von Vereinbarungen verwirkt werden. Diese Beispiele bringen mich manchmal zum Nachdenken - ist es wirklich so schwierig für jemanden, seine Religion auszuüben? Es macht mich traurig, so etwas zu hören."

Jeder in Indonesien, so Widodo, habe das gleiche Recht auf Religionsausübung. "Unsere Verfassung garantiert die Religions- und Kultusfreiheit. Selbst wenn es sich nur um eine, zwei oder drei Städte oder Bezirke handelt, sollten wir auf solche Fälle achten."

Ein Beamter der Verwaltung von Medan, H. Syofian, gab gegenüber Journalisten keinen Kommentar zu dem Vorfall ab.

Indonesien steht auf der Weltbeobachtungsliste 2023 der christlichen Hilfsorganisation Open Doors auf Platz 33 der 50 Länder, in denen es am schwierigsten ist, ein Christ zu sein. Die indonesische Gesellschaft hat einen konservativeren islamischen Charakter angenommen, und Kirchen, die evangelistisch tätig sind, laufen Gefahr, von islamischen Extremistengruppen ins Visier genommen zu werden, heißt es in dem WWL-Bericht von Open Doors.

"Wenn eine Kirche ... das Evangelium verbreitet, stößt sie schnell auf den Widerstand islamischer Extremistengruppen, besonders in ländlichen Gebieten", heißt es in dem Bericht. "In einigen Regionen Indonesiens haben nicht-traditionelle Kirchen Schwierigkeiten, eine Genehmigung für Kirchengebäude zu erhalten, da die Behörden ihre Papiere oft ignorieren."

Quellen: Morningstar News 19. Januar 2023; www.persecution.org

Israel: Erste Pfarrerin im Heiligen Land ordiniert

Sally Azar will Frauen zum Theologiestudium ermutigen

Jerusalem (IDEA) – Die palästinensische Theologin Sally Azar (26) ist die erste Gemeindepfarrerin der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land (ELCJHL). Ihr Vater, Bischof Sani Ibrahim Azar, [ordinierte](#) sie am 22. Januar in der Erlöserkirche in Jerusalem. Sie wird dort künftig die arabisch- und englischsprachige Gemeinschaft betreuen. Ihr Vater hatte den Posten 30 Jahre lang inne, bevor er 2018 [Bischof](#) wurde. An der Zeremonie nahmen hunderte Besucher teil. Azar schloss ihr Bachelorstudium an der Near East School of Theology (Nahöstliche Schule für Theologie/Beirut) ab und absolvierte den Masterstudiengang Interkulturelle Theologie an der Universität Göttingen und der Fachhochschule für Interkulturelle Theologie Hermannsburg. Anschließend war sie zwei Jahre lang Vikarin in Berlin-Frohnau. Sie ist Ratsmitglied des Lutherischen Weltbundes. Die ELCJHL hatte 2010 der Frauenordination zugestimmt. Azar ist derzeit eine von fünf weiblichen Geistlichen, die im Nahen Osten eingesetzt sind (eine in Syrien, drei im Libanon). Auf der Einladung zur ihrer Ordination hieß es: „Sallys geistliches Amt sendet eine eindringliche Botschaft der Akzeptanz und des Fortschritts auf dem Weg der Kirche in Sachen Gendergerechtigkeit.“ Gegenüber dem Lutherischen Weltbund sagte sie im Vorfeld: „Mit meiner Ordination hoffe ich, dass nicht nur junge Frauen angeregt werden, sich der Theologie zu widmen, sondern Frauen aller Altersstufen, die Theologie studieren wollten, aber dachten, es sei nicht möglich. Ich hoffe, sie werden dadurch dazu ermutigt.“ Die ELCJHL hat Gemeinden in Jerusalem, Bethlehem, Amman, Ramallah, Beit Jala und Beit Sahour. Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Jordanien und im Heiligen Land ist 1947 ursprünglich als deutsche Missionskirche gegründet worden. Seit 1959 ist sie eigenständig, seit 1974 Mitglied im Lutherischen Weltbund und seit 2013 Vollmitglied im Ökumenischen Rat der Kirchen. Sie hat nach Angaben der Lutherischen Weltbundes 2.500 Mitglieder.

Kamerun: Dschihad-Terror

Mindestens drei Christen sind im Januar 2023 in Nordkamerun durch dschihadistische Gewalt ums Leben gekommen. Unsere Kontakte in der Region haben von sechs Angriffen auf Kirchen durch die islamistische Gruppe Boko Haram berichtet. Die Terroristen haben auch Häuser geplündert und niedergebrannt, so dass viele fliehen mussten.

Quelle: Barnabas Fund 25. 1. 2023

Kasachstan: Gebetsunterstützung für "Haus der Hoffnung"

Aset U. (Almaty) berichtet, dass A., eine ihrer Nichten kürzlich zum Glauben an Jesus Christus gefunden hat. Muslimische Verwandte setzen sie nun enorm unter Druck. Ihr Ehemann hat sie aufgefordert, die Familie zu verlassen, wobei er die Kinder bei sich behalten will. **Bitte beten Sie für A.**

- > dass sie Gottes Gegenwart und Hilfe in dieser schweren Situation erfährt.
- > um Kraft und Weisheit und dafür, dass sie Jesus Christus treu bleibt.
- > für ihre Kinder, ihren Ehemann und Vater, dass alle die Liebe Jesu erkennen und annehmen.

Auch unter denen, die im HAUS DER HOFFNUNG Hilfe suchen, sind Frauen in sehr schwierigen Lebenssituationen, die viel Schlimmes durchgemacht haben. „Viele von ihnen sind verletzt, depressiv und/oder leben in Armut.“

- > Bitte beten Sie um Weisheit für die Mitarbeiterinnen in der Beratung der Frauen.

„Die Frauen, die unser Zentrum besuchen, haben begonnen, viele geistliche Fragen zu stellen. Neben all den organisatorischen Aufgaben, vor allem im Zusammenhang mit den humanitären Hilfsprojekten, bemühe ich mich, Zeit für jede einzelne zu finden. Aber es sind zu viele, die inzwischen für Gespräche über den Glauben bereit sind. So versuchen wir, Frauen auch an Gemeindeleiter zu vermitteln, die ihnen weiterhelfen können. Viele Menschen in unserer christlichen Gemeinde absolvieren eine Seelsorgeausbildung, auch die Frau unseres Pastors. Diese empfehlen wir den Frauen als therapeutische Begleiterin und wünschen uns, dass sie verschiedene Seminare für Frauen hält, mit ihnen arbeitet und sie berät.“

Bitte beten Sie

- > um eine gute Weiterentwicklung dieser Seelsorgearbeit und dass viele Frauen hier entscheidende Hilfen bekommen, um innere Heilung zu erfahren.
 - > dass der Heilige Geist in die oft sehr desolaten Familiensituationen hineinkommt und Familien heil macht.
 - > um Festigung im Glauben für die Frauen, die ihr Leben Jesus Christus anvertraut haben.
 - > um eine positive gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des Landes, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht noch weiter auseinandergeht.
 - > um Gottes Leitung für Aset und ihre Mitarbeitenden in der Verteilung von Hilfsgütern.
 - > „für die Koordinierung und Durchführung von Projekten durch verschiedene Gemeinden im Land und durch Christen in Usbekistan.
 - > für unsere Angebote: Logopädie, Physiotherapie, Englischunterricht, Nachhilfe für Kinder aus armen Familien, für unsere Bäckerei, Feste und Freizeiten für Kinder – auch für Kinder mit Behinderung.
 - > um Geräte und Material für medizinische Stützpunkte und soziale Einrichtungen.“
- „Ich danke Ihnen für Ihr Anteilnehmen am Leben dieser Frauen und für Ihre Gebetsunterstützung, durch die Sie einen wertvollen Beitrag zum Gelingen des Lebens dieser Frauen leisten.“

Mosambik: US-Missionspilot weiter in Haft

Ryan Koher befindet sich nicht mehr in Isolationshaft

Maputo (IDEA) – Der US-Missionspilot Ryan Koher (31) befindet sich weiterhin in Mosambik in Haft. Das bestätigte seine Ehefrau Annabel, die zusammen mit ihren zwei Söhnen in die USA zurückgekehrt ist, der Nachrichtenplattform MNN (Mission Network News). Koher arbeitet für die Missionsgesellschaft Mission Aviation Fellowship (MAF). Er soll versucht haben, Vorräte für Aufständische des „Islamic State Mozambique“ (Islamischer Staat Mosambik) im Norden des Landes zu transportieren. Er wurde am 4. November noch vor dem Start bei der Kontrolle der Lieferung am Flughafen von Inhambane zusammen mit zwei südafrikanischen Mitarbeitern festgenommen. Das Flugzeug hatte laut den Angaben der Missionsgesellschaft lediglich medizinische Präparate für ein kirchliches Kinderheim geladen. Koher sei unschuldig.

Täter des Wort Gottes sein

Wie Annabel Koher berichtet, ist ihr Ehemann aus der Isolationshaft entlassen worden. Er dürfe eine Stunde täglich im Hof des Gefängnisses verbringen und habe auch an einem Gottesdienst teilnehmen können. Dort habe er selbst sprechen können: „Er konnte ein Wort der Ermutigung und Ermahnung an die anderen Besucher richten.“ Unter Hinweis auf eine Bibelstelle im Jakobusbrief 1,22 habe er dazu aufgerufen, „Täter des Wortes Gottes zu sein und nicht nur Hörer“. Sie rief weiter zum Gebet für ihren Ehemann auf, „dass er freigelassen wird und wir bald wieder vereint sind“. Auch sie selbst brauche für sich und ihre zwei Kinder „viel Energie“. MNN zufolge setzt sich die US-Botschaft sich für Ryans Freilassung ein. Ein Mitarbeiter hält Kontakt zu dem Inhaftierten und kann dessen Briefe verschicken. Im Norden von Mosambik, wo Erdgas gefördert wird, gibt es seit Herbst 2017 Unruhen zwischen der Armee und Aufständischen. Mehr als 4.000 Menschen sind dem Konflikt bislang zum Opfer gefallen, fast eine Million wurden vertrieben. MAF-Piloten hatten in den vergangenen Monaten immer wieder Zivilisten aus der Kriegsregion ausgeflogen sowie die Verbliebenen mit Hilfsgütern versorgt. Von den 32,3 Millionen Einwohnern Mosambiks sind 54 Prozent Christen und 17,5 Prozent Muslime. 28 Prozent der Bevölkerung gehören zu ethno-religiösen Gruppen.

Naher Osten: Christen brauchen mehr Einheit

Kirchenführer: Das Überleben der Minderheit ist bedroht

Bagdad/Wien (IDEA) – Die christlichen Minderheiten im Nahen Osten müssen stärker zusammenstehen, um ihr Überleben zu sichern. Dazu hat sie der chaldäisch-katholische Patriarch, Kardinal Louis Raphael Sako (Bagdad), aufgerufen. Er äußerte sich in einer Botschaft zur ökumenischen Gebetswoche für die Einheit der Christen, die vom 18. bis 25. Januar weltweit begangen wird. Die Christen im Nahen Osten sollten wachsam in ihren Ländern sein, „die von Konflikten, Diskriminierung und Gewalt geprägt sind und die Auswanderung und Migration fördern“, erklärte Sako in seinem Appell, den der Nachrichtendienst „Pro Oriente“ (Wien) veröffentlicht hat. Die christlichen Kirchen im Nahen Osten seien „auf fatale Weise von der Gesellschaft, in der sie leben, abhängig“. Sako beobachtet eine Konkurrenz zwischen den verschiedenen kirchlichen Traditionen und eine Überschneidung zwischen ethnisch-nationaler Identität und kirchlicher Zugehörigkeit. Außerdem erscheine die Verkündigung vieler Geistlicher abgehoben vom alltäglichen Leben. Manche Weihnachts- und Neujahrsbotschaften berührten „weder die Gefühle der Empfänger, noch nähren sie ihre Hoffnung, noch spenden sie Trost und Erfrischung“, so Sako. Wie er schon im Mai 2022 auf dem Katholikentag in Stuttgart ausführte, werden Christen in den islamisch geprägten Ländern der Region häufig als Bürger zweiter oder dritter Klasse behandelt. Die chaldäische Kirche, der er vorsteht, ist mit der römisch-katholischen Kirche verbunden und hat über 500.000 Mitglieder vor allem im Irak und in Syrien.

Vor allem junge Christen sind Schikanen ausgesetzt

In nahöstlichen Ländern wie Syrien, Irak, Jordanien und den Palästinensischen Gebieten schrumpft die christliche Bevölkerung. Das geht aus dem am 18. Januar veröffentlichten Weltverfolgungsindex des überkonfessionellen Hilfswerks Open Doors (Kelkheim bei Frankfurt am Main) hervor. Vor allem in Syrien und dem Irak hätten Christen nach dem Aufkommen der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) und der Verbreitung islamistischen Gedankenguts Schwierigkeiten, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Besonders Jüngere erlebten Schikanen im Bildungswesen und bei den Behörden; viele wollten daher auswandern. Die Gebetswoche für die Einheit der Christen wird in Deutschland von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) organisiert, die nach eigenen Angaben rund 50 Millionen Christen in 18 Kirchen und sieben Gastmitgliedskirchen vertritt. Der zentrale Gottesdienst für die Gebetswoche findet am 22. Januar in der Freien evangelischen Gemeinde in Frankfurt am Main statt. Die Predigt hält der ACK-Vorsitzende, der griechisch-orthodoxe Erzpriester Radu Constantin Miron (Brühl bei Bonn).

Nigeria: Katechist verschleppt

Zielscheibe der Entführer war der katholische Gemeindepfarrer

Abuja (Fides) – Ein katholischer Katechet ist von Banditen verschleppt worden. Es wird vermutet, dass die Täter eigentlich den Pfarrer der katholischen „St. Monica“-Kirche in Ikulu-Pari, in der Verwaltungseinheit Chawai (Kauru, Kaduna) entführen wollten.

Die Entführer drangen am gestrigen 19. Januar gegen 21.30 Uhr das Pfarrhaus von Pfarrer Joseph Shekari ein. Dort schossen sie zunächst in die Luft und durchsuchten auf der Suche nach dem Priester die anderen Gebäude des Pfarrkomplexes, die Kirche, die Schule und die Wohnung des Pfarrers. Dieser befand sich jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht im Dorf. Nach Angaben von Zeugen sollen die Eindringlinge mit Steinen und Kugeln die Eingangstür des Hauses aufgebrochen haben. "Sie brachen sofort in das Haus ein, durchsuchten es und plünderten alles: Betten, Schränke, Bäder und die Küche", so die Zeugen. Da sie den Priester nicht fanden, nahmen sie Kefas Ishaya, den anwesenden Katechisten, und verschleppten ihn in den Busch.

Bekanntes des Katechisten versuchten, ihn auf seinem Mobiltelefon anzurufen, nachdem die Entführer ihn mitgenommen hatten, doch dieser ist seither nicht mehr erreichbar.

Pfarrer Joseph Shekari war bereits am 6. Februar 2022 auf ähnliche Art und Weise entführt worden. Auch damals hatten die Entführer am späten Abend das Gemeindehaus überfallen. Der Priester wurde damals bereits am 7. Februar wieder freigelassen worden (vgl. Fides 8/2/2022).

(L.M.) (Fides 20/1/2023)

Nigeria: Überfall auf Gottesdienst

Terroristen haben am Sonntag 15. Januar einen Gottesdienst im Nordwesten Nigerias angegriffen. Über die Einzelheiten gibt es widersprüchliche Angaben.

Die Angreifer stürmten in den morgendlichen Gottesdienst der New Life for All Church im Dorf Dantsauri im Bezirk Gidan Haruna im Bundesstaat Katsina, sagte Gambo Isah vom Polizeikommando des Bundesstaats Katsina.

"Wir haben einen Notruf erhalten, dass Terroristen in großer Zahl und mit vereinzelt Schüssen in das Dorf Dantsauri in Kankara eingedrungen sind", so Isah in einer Erklärung. "Die Terroristen schossen einem Pastor in die Hand und entführten fünf Frauen, die an einem Sonntagsgottesdienst in ihrer Kirche teilnahmen."

Während Isah von fünf entführten Frauen (darunter zwei Minderjährige) sprach, berichteten Anwohner und der Sonderbeauftragte für christliche Angelegenheiten von Gouverneur Aminu Bello Masari, Pfarrer Ishaya Jurau, den Medien, dass 25 Kirchenmitglieder entführt wurden und neun von ihnen bald entkommen konnten.

Polizeisprecher Isah identifizierte die fünf entführten Frauen als Rabi Isiaku, 15; Nooseba Shuaibu, 13; Rabi Saidu, 36; Rabi Baba, 49; und Saratu Hadi, 27. Er sagte, der Pastor sei im General Hospital in Kankara behandelt worden.

Der Anwohner Francis Sardauna sagte in einer Textnachricht an Morning Star News, dass die Angreifer auf Motorrädern gekommen seien. "Terroristen haben eine örtliche christliche Versammlung angegriffen, den Pastor der Kirche erschossen und 25 Gläubige entführt."

Quelle: Morningstar News 18. Januar 2023

Nigeria: Welle der Gewalt gegen Christen in verschiedenen Landesteilen

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/26.01.23 - Mutmaßliche Fulani-Hirten haben am frühen Sonntagmorgen (**22. Januar**) im Nordosten Nigerias fünf Christen getötet, nachdem sie am Freitag (**20. Januar**) im Mittleren Gürtel des Landes 12 Christen abgeschlachtet hatten.

Im Bezirk Tafawa Balewa im Bundesstaat Bauchi sagten Anwohner, dass Hirten die überwiegend christliche Gemeinde Gambar Sabon Layi angegriffen, fünf Christen getötet und einen weiteren entführt haben.

"Fulani-Hirten sind am Sonntag, den 22. Januar, gegen 3 Uhr morgens in meine Gemeinde Gambar Sabon Layi eingedrungen", teilte Godwin Moses, ein Bewohner des Gebiets, Morning Star News in einer Textnachricht mit. "Die Fulani-Hirten töteten fünf Mitglieder unserer christlichen Gemeinde und ein sechster Christ, Herr Daniel Dabwa, wurde gefangen genommen und wird an einem unbekanntem Ort festgehalten."

Manasseh Danladi, ein weiterer Einwohner, bestätigte, dass es sich bei den Angreifern um bewaffnete Fulani-Terroristen handelte und sagte in einer Textnachricht an Morning Star News, dass es sich bei einem der Getöteten um ein Mitglied seiner Familie handelte und dass Dabwa mit vorgehaltener Waffe entführt wurde.

Die Anwohnerin Princess Ella fügte hinzu: "Dies ist ein schwarzer Sonntag für uns in Gambar Sabon Layi, denn fünf unserer christlichen Mitglieder wurden getötet und einer entführt."

Tafawa Balewa, ein mehrheitlich christliches Gebiet, wird seit mehreren Jahren von islamischen Terroristen und überwiegend muslimischen Fulani-Hirten angegriffen. Viele der Dörfer liegen in Trümmern, verwüstet durch Angriffe, die die christlichen Überlebenden in andere Teile Nigerias getrieben haben.

Im Bundesstaat Benue im Mittleren Gürtel des Landes überfielen bewaffnete Fulani-Hirten in den frühen Morgenstunden des Freitags (20. Januar) die überwiegend christliche Gemeinde Abagena in der Nähe von Makurdi, der Hauptstadt des Bundesstaates, und töteten 12 Christen.

Die Hirten griffen kurz nach Mitternacht für mehr als drei Stunden an, sagten die Anwohner.

Paul Hembra, Sonderberater für Sicherheitsfragen, sagte, dass die Angriffe auf diese christlichen Gemeinden von bewaffneten Fulani-Hirten wenige Minuten nach Mitternacht und in den frühen Morgenstunden des Freitag, 20. Januar, durchgeführt wurden.

Er identifizierte einige der Getöteten als Gbashaor Acho, Gbashaor Joseph, Anshe Dekera, Ancho Kpor, Eunice Gbashaor, Sewuese Gbashaor, Terlumun Ajah, Emberga Gbashaor und Donald Gbashaor.

Catherine Anene, Sprecherin des Polizeikommandos des Bundesstaates Benue, bestätigte den Angriff und sagte, dass Beamte in das Gebiet entsandt worden seien.

Der Anwohner Ivor James identifizierte die Angreifer als Fulani-Hirten und fügte hinzu, dass viele weitere Dorfbewohner verwundet worden seien. Der Anwohner Joseph Atom sagte, dass zwei überwiegend christliche Gemeinden in der Nähe ebenfalls angegriffen wurden.

Laut der World Watch List (WWL) 2023 von Open Doors stand Nigeria mit 5.014 wegen ihres Glaubens getöteten Christen im Jahr 2022 an der Spitze der Weltrangliste. Nigeria war auch weltweit führend bei der Entführung von Christen (4.726), bei sexuellen Übergriffen oder Belästigungen, bei Zwangsverheiratungen und bei körperlichen oder seelischen Misshandlungen und verzeichnete die meisten Angriffe auf Häuser und Geschäfte aus Glaubensgründen. Wie im Vorjahr verzeichnete Nigeria die zweitmeisten Angriffe auf Kirchen und die meisten Binnenflüchtlinge.

"Militante Fulani, Boko Haram, die Westafrikanische Provinz des Islamischen Staates (ISWAP) und andere führen Überfälle auf christliche Gemeinden durch, töten, verstümmeln, vergewaltigen und entführen für Lösegeld oder sexuelle Sklaverei", heißt es im WWL-Bericht. "In diesem Jahr hat sich diese Gewalt auch auf den mehrheitlich christlichen Süden des Landes ausgeweitet... Die nigerianische Regierung leugnet weiterhin, dass es sich um religiöse Verfolgung handelt, so dass die Verletzung der Rechte der Christen ungestraft bleibt."

Die überwiegend muslimischen Fulani, deren Zahl in Nigeria und der Sahelzone in die Millionen geht, setzen sich aus Hunderten von Clans verschiedener Abstammungslinien zusammen, die keine extremistischen Ansichten vertreten, aber einige Fulani sind Anhänger einer radikalen islamistischen Ideologie, so die All-Party Parliamentary Group for International Freedom or Belief (APPG) des Vereinigten Königreichs in einem aktuellen Bericht.

"Sie verfolgen eine vergleichbare Strategie wie Boko Haram und ISWAP und zeigen eine klare Absicht, Christen und starke Symbole der christlichen Identität ins Visier zu nehmen", heißt es im APPG-Bericht.

Weitere Terror-Akte:

Quelle: Morningstar News 25. Januar 2023

Fünf Christen wurden am **17. Januar** im nordnigerianischen Bundesstaat Kaduna getötet. Ein Kirchenführer im südöstlichen Bundesstaat Enugu sagte, die Christen dort würden "belagert".

In der Stadt Zonkwa im Bezirk Zangon Kataf im Süden des Bundesstaates Kaduna verübten Terroristen am 17. Januar gegen 20 Uhr einen Anschlag, sagte der Beamte des Gemeinderats Yabo Ephraim. Er identifizierte einen der Getöteten als Calistus Eze.

"Die Terroristen schossen sporadisch, als sie in die Stadt eindrangen, töteten fünf Christen und verletzten viele andere", sagte Ephraim. "Die verletzten Opfer werden derzeit in verschiedenen medizinischen Einrichtungen behandelt."

Am **19. Januar** griffen mutmaßliche Fulani-Hirten und andere Terroristen die katholische Kirche St. Monica im Dorf Ikulu-Pari im Bezirk Kuru im Bundesstaat Kaduna an und entführten Kefas Ishaya, einen Katechisten der Gemeinde.

Sunday Bege, Vorsitzender des Laienrates der Kirche, sagte: "Als sie weggingen, schossen sie sporadisch auf jeden, den sie sahen", sagte Bege und fügte hinzu, dass der Pfarrer derselben Kirche, Pfr. Joseph Shekari, am 6. Februar 2022 entführt und die Kirchenmitarbeiterin Sati Musa getötet wurde.

Shekari, der entführt wurde, während er außerhalb des Kirchengeländes diente, wurde freigelassen, nachdem die Kirchenleitung ein Lösegeld gezahlt hatte, so Bege.

"Es ist möglich, dass sie für eine ähnliche Mission zurückgekehrt sind, um den Priester erneut zu entführen, aber sie konnten ihn nicht finden", sagte er. "Der Katechet, der zum Seelsorgeteam der Kirche gehört, wurde von den Terroristen mitgenommen. Die Terroristen haben noch keinen Kontakt zu uns aufgenommen."

Im südöstlichen nigerianischen Bundesstaat Enugu entführten mutmaßliche Fulani-Hirten und andere Terroristen am **17. und 19. Januar** vier Christen in Ikem im Bezirk Isi-uzo, sagte ein Anwohner.

Am **16. Januar** griffen acht bewaffnete Terroristen Emeka Odoh und vier andere an, als sie aus Ikem herausfahren, so Odoh.

"Unser Auto wurde von Kugeln durchlöchert, und einer von uns wurde angeschossen und verwundet", so Odoh gegenüber Morning Star News. "Vier von uns im Auto konnten unverletzt entkommen."

Am **17. Januar** entführten die Terroristen einen Christen aus Ikem, sagte er, und kehrten am 19. Januar zurück.

"Die Bewaffneten kehrten zum dritten Mal zurück, diesmal nachts, entführten drei weitere Christen und erschossen einen weiteren Christen, den sie zurückließen", sagte Odoh. "Er wird derzeit in einem Krankenhaus behandelt."

"Letztes Jahr wurde ein Katechist entführt, als die Hirten und Terroristen Ikem dreimal angriffen", sagte Odoh. "Der Katechet und zwei weitere Mitglieder der Kirche wurden entführt. Die drei wurden erst freigelassen, nachdem Lösegeld in unterschiedlicher Höhe an die Hirten und Terroristen gezahlt worden war."

In dem mehrheitlich christlichen Dorf Eha-Amufu in der Region verübten Hirten und andere Terroristen Ende Dezember Angriffe, bei denen mehr als 100 Christen getötet wurden, so ein örtlicher Leiter.

"In den letzten Wochen wurden in Eha-Amufu über 100 Christen ermordet, und das quer durch alle Altersgruppen", sagte Gemeindeleiter Okwu Nnabuike damals in einer Presseerklärung. "Wir sind unglücklich, weil von der Bundesregierung kein Wort des Mitgefühls für die Betroffenen gekommen ist. Die Hirten müssen sofort daran gehindert werden, weitere Verwüstungen anzurichten und ... die Dorfbewohner von ihrem angestammten Land zu vertreiben. Das muss ein Ende haben; die Sicherheitsbehörden müssen der Welt zeigen, dass sie nicht an den Geschehnissen beteiligt sind. Zum x-ten Mal fordern wir die von der Bundesregierung kontrollierten Sicherheitsbehörden auf, die AK-47-schwingenden Hirten zu entwaffnen, die unser Volk abschlachten."

Pfarrer Daniel Olinya, anglikanischer Bischof der Diözese Ehamufu, bestätigte die Morde und sagte: "Die Christen im Bundesstaat Enugu werden derzeit von Terroristen und bewaffneten Fulani-Hirten belagert."

Der Bischof sagte, dass Hunderte von Christen getötet und Tausende von Menschen durch die Angriffe vertrieben wurden.

Quelle: Morningstar News 24. Januar 2023

Pakistan: Christ wird fälschlicherweise der Blasphemie beschuldigt

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/26.01.23 - Ishtiaq Saleem wurde unter der falschen Anschuldigung der Blasphemie in Islamabad, Pakistan, verhaftet, sagt sein Vater.

Mit zittriger Stimme sagte Saleem Masih, dass seine Familie seit dem 29. November in Angst lebt, als sein Sohn wegen falscher Anschuldigungen der Blasphemie verhaftet wurde - worauf in Pakistan die Todesstrafe stehen kann.

Beamte der Cybercrime-Einheit der Bundespolizei FIA (Federal Investigation Agency) nahmen Ishtiaq Saleem, einen 31-jährigen Vater eines Kindes, in Islamabad in Gewahrsam, nachdem in einer Social-Media-Gruppe auf seinem Telefon frevelhafte Bilder des islamischen Propheten Mohammed aufgetaucht waren; Saleem sagte, er habe bis zu seiner Verhaftung nichts von den Bildern gewusst, deren Verbreitung ihm vorgeworfen wurde.

"Mein Sohn ist ein vernünftiger Mann und hat sich nie an solchen Handlungen beteiligt", sagte Masih den Morning Star News per Telefon. "Ishtiaq sagt, dass jemand die frevelhaften Bilder in einer Social-Media-Gruppe geteilt hat, die versehentlich auf sein Telefon heruntergeladen wurde. Er sagt, er habe diese Bilder nirgendwo gepostet oder geteilt, weil er nicht einmal wusste, dass sie dort waren, bis er von den FIA-Beamten festgenommen wurde."

Der Beschwerdeführer, Muhammad Imran, behauptete, Saleem habe blasphemische Bilder auf WhatsApp und Facebook gepostet und weitergegeben. Die FIA registrierte daraufhin einen First Information Report (FIR Nr. 187/2022) gegen Saleem gemäß Abschnitt 295-C des pakistanischen Blasphemiegesetzes, das die Missachtung Mohammeds verbietet und mit dem Tod bestraft wird; Abschnitt 295-B, der die Schändung des Korans verbietet und mit lebenslanger Haft und Geldstrafe geahndet wird; und Abschnitt 295-A, der vorsätzliche und böswillige Handlungen zur Verletzung religiöser Gefühle verbietet und mit bis zu zehn Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe geahndet wird.

Außerdem wurde er nach Abschnitt 298-A wegen Schändung der Namen von Ehefrauen, Familienmitgliedern und Gefährten des islamischen Propheten, nach Abschnitt 109 wegen Beihilfe zu einer Straftat und nach Abschnitt 11 des Gesetzes zur Verhütung elektronischer Straftaten (Prevention of Electronic Crimes Act 2016) wegen Verbreitung von Hassreden angeklagt.

Der stellvertretende Direktor für Cyberkriminalität der FIA Islamabad, Mudassir Shah, behauptet in dem FIR, dass Saleem "mit kriminellen Absichten und Hintergedanken illegal und unbefugt ein Bild erstellt/entwickelt und weiter hochgeladen/übertragen/verbreitet sowie öffentlich projiziert/angezeigt hat, das den heiligen Namen des Allmächtigen trägt, des heiligen Propheten, der heiligen Frauen des Propheten und der heiligen Gefährten und der Familie des Propheten auf private Teile des menschlichen Halses [sic] Körper zusammen mit sakrilegischen/abscheulichen Erzählungen/Sprüchen über WhatsApp und Facebook. "

Mit der Behauptung, dass "ausreichend belastende Beweise" auf Saleems Telefon gefunden wurden, deutet der FIR darauf hin, dass Saleem nach einer Untersuchung aufgrund der Beschwerde von Imran verhaftet und eingebuchtet wurde, obwohl Masih sagte, dass die Familie erst nach der Verhaftung von dem Fall erfuhr.

"Erst jetzt haben wir diese Nachricht verbreitet, um Unterstützung für ihn und Sicherheit für unsere Familie zu erlangen", sagte Masih, der Mitglied der Anglikanischen Kirche von Pakistan ist und bei der Hauptstadtentwicklungsbehörde von Islamabad als Reinigungskraft arbeitet.

Masih sagte, sein Sohn sei in der Haft so behandelt worden, wie die Polizei andere Verdächtige behandelt, insbesondere solche, die arm sind. "Er war nur zwei Tage lang in FIA-Gewahrsam. Einige Beamte haben ihn am ersten Tag seiner Verhaftung ein wenig geschlagen, aber dann wurde er in das Zentralgefängnis Adiyala in Rawalpindi verlegt, wo er in Untersuchungshaft genommen wurde."

Masih appellierte an die christlichen Führer Pakistans und die internationale Gemeinschaft. Die Familie lebe in einem Teil von Islamabad, in dem es eine gemischte Bevölkerung aus Christen und Muslimen gebe. Er habe einen Verteidiger engagiert, sei aber um die Sicherheit seiner Familie besorgt.

"Diese Nachricht verbreitet sich nun, und wir wissen nicht, wie unsere Nachbarn oder religiösen Gruppen darauf reagieren werden", sagte Masih. "Wir brauchen Sicherheit und Hilfe von unseren Gemeindeleitern".

Saleem habe mehr als vier Monate lang als Reinigungskraft gearbeitet, ohne bezahlt zu werden, sagte Masih. Die Nichtzahlung von Gehältern ist ein chronisches Problem für christliche Reinigungskräfte in Islamabad und anderen Städten Pakistans, das sie in bittere Armut zwingt und sie anfällig für Kredithaie macht.

"Ishtiaq war wegen der Nichtzahlung seines Gehalts sehr beunruhigt, aber ich möchte ihn ermutigen, standhaft zu bleiben", sagte Masih. "Es war sein Schicksal, dass sein ausstehendes Gehalt am Tag nach seiner Verhaftung freigegeben wurde."

Joseph Jansen, Präsident der Voice of Justice, sagte, dass pakistanische Christen aufgrund der weithin verurteilten Blasphemiegesetze in ständiger Angst leben.

"Eine wachsende Zahl von Anklagen und Verhaftungen wurde mit angeblichen Verstößen gegen das Gesetz über elektronische Verbrechen in Verbindung gebracht, aber der Vorwurf der Blasphemie wird oft in Fällen erhoben, die religiöse Minderheiten betreffen", sagte Jansen gegenüber Morning Star News. "Es ist wichtig, die Absichten der Angeklagten zu beurteilen, bevor sie unter einer so schwerwiegenden Anklage wie Blasphemie festgenommen werden."

Seine Gruppe helfe der Familie Masih, indem sie den Fall international bekannt mache, sagte er.

In Pakistan wurden bereits mehrere Menschen wegen falscher Anschuldigungen der Blasphemie gelyncht oder getötet. Nach Angaben des in Lahore ansässigen Center for Social Justice wurden in Pakistan zwischen 1987 und 2021 1.949 Fälle von Menschen registriert, die der Blasphemie beschuldigt wurden, darunter 928 Muslime, 643 Ahmadis, 281 Christen, 42 Hindus und 55 Personen unbekanntes Glaubens. Davon wurden 84 Personen vor einem endgültigen Urteil außergerichtlich getötet.

Pakistan steht auf der Weltbeobachtungsliste 2022 von Open Doors an achter Stelle der 50 Länder, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein. Das Land hatte nach Nigeria die zweithöchste Zahl von Christen, die wegen ihres Glaubens getötet wurden, mit 620 Ermordeten während des Berichtszeitraums vom 1. Oktober 2020 bis zum 30. September 2021. Pakistan hatte mit 183 die vierthöchste Anzahl von Kirchen, die angegriffen oder geschlossen wurden, und insgesamt.

Quelle: Morningstar News 17. Januar 2023

Peru: Katholische Bischöfe wollen vermitteln

„Gewalt ist keine Lösung“

Lima (Fides) – Die Zahl der Opfer der blutigen regierungsfeindlichen Proteste, die Peru seit dem 7. Dezember anhalten, als Präsident Pedro Castillo des Amtes enthoben und wegen eines versuchten Staatsstreichs verhaftet wurde, während ihm die bisherige Vizepräsidentin Dina Boluarte in diesem Amt folgte, ist gestern auf 62 gestiegen. Die Demonstranten fordern im Rahmen von Streiks und Blockaden von Straßen, Eisenbahnverbindungen und Flughäfen den Rücktritt von Boluarte und die Auflösung des Kongresses.

Wie die Polizei mitteilt wurde bei den gestrigen Zusammenstößen in La Joya ein Polizist entführt und seither als Geisel gehalten. Die Zahl der Verletzten im ganzen Land hat inzwischen 1.200 überschritten, während es erhebliche Sachschäden an Gebäuden und Grundstücken gibt. Die Proteste und die anschließenden Zusammenstöße mit der Polizei breiteten sich auf weite Teile des Landes aus, einschließlich der Hauptstadt Lima. Die peruanische Regierung ab dem 15. Januar in verschiedenen Regionen einen 30 Tage dauernden Notstand verhängt und die geltende Ausgangssperre im Departamento Puno, dem Epizentrum der Unruhen, verlängert. Präsident Boluarte schließt unterdessen ihren Rücktritt aus (vgl. Fides vom 1/10/2023).

Auch Papst Franziskus erinnerte in seiner Ansprache nach dem Angelusgebet an die Unruhen in Peru: „Ich will auch dafür beten, dass die Akte der Gewalt in Peru enden mögen. Gewalt vernichtet die Hoffnung auf eine gerechte Lösung der Probleme. Ich ermutige alle Beteiligten, den Weg des Dialogs unter Geschwistern der gleichen Nation einzuschlagen, unter voller Achtung der Menschenrechte und des Rechtsstaats. Ich schließe mich den peruanischen Bischöfen in ihrem Ruf an: keine Gewalt, woher sie auch kommt. Schluß mit dem Töten!“. Bereits beim Angelusgebet am Sonntag, den 18. Dezember, hatte Papst an die Situation in Peru erinnert: „Wir beten auch für den Frieden in Peru, damit die Gewalt im Lande aufhört und der Weg des Dialogs eingeschlagen wird, um die politische und soziale Krise zu überwinden, unter der die Bevölkerung leidet.“

Die Ortskirche und die Vertreter der verschiedenen in Peru vertretenen Religionen und Glaubensgemeinschaften rufen immer wieder zum Dialog und zur Beendigung der Gewalt auf. Zuletzt äußerten sich die Bischöfe am Ende der 124. Vollversammlung der Bischofskonferenz. Sie fordern in ihrem gemeinsamen Appell die Behörden und alle politischen Akteure auf, einen einvernehmlichen Ausweg aus der schweren Krise und der laufenden "harten politischen und sozialen Konfrontation" zu finden. Die Bischöfe bieten erneut ihren Dienst an, „um zu vermitteln und Brücken der Begegnung zu bauen“.

Die Bischöfe bringen in diesem Zusammenhang den Schmerz über die entfesselte Gewalt zum Ausdruck, „weil Gewalt nur noch mehr Gewalt erzeugt“. Gleichsam beklagen sie den Tod vieler peruanischer Brüder und Schwestern, der „eine tiefe Wunde in den Herzen unseres Volkes ist“ und bedauern das Leid aller Verwundeten, Zivilisten und Polizisten. „Das erfordert einen entschiedenen Kurswechsel: Wir wollen Frieden!“ schreiben die Bischöfe und betonen, dass diese Gräueltaten "nicht ungesühnt bleiben können" und die Verantwortlichen strafrechtlich verfolgt und bestraft werden müssen.

Die Bischofskonferenz wünscht ein Ende der Polarisierung und warnt davor, „sich gegenseitig zu verletzen“, denn „diese Situation erfordert Dialog, Zuhören und Entscheidung“. „Es ist an der Zeit, dass sich die Behörden und alle politischen Akteure verantwortungsvoll engagieren, um einen einvernehmlichen Weg aus dieser schweren Krise zu finden“, mahnen sie, „Es ist an der Zeit, aufzublicken und sich der Begegnung und Versöhnung mit der Gerechtigkeit zu nähern. Das Land darf nicht weiter in Angst, Angst und Unsicherheit verharren. Wir übernehmen die Verpflichtung, Peru wieder aufzubauen, und wir fordern auch die Zivilgesellschaft auf, ihre Verantwortung zu übernehmen.“

(SL) (Fides 23/1/2023)

Russland: Für Mitarbeiter sehr schwierige Situation

(Licht im Osten) Vielen Dank für Ihre Gebete für alle Überlegungen und Besprechungen im Blick auf den weiteren Dienst in Russland. Bitte beten Sie weiter um Weisheit, wie wir recht mit der immer schwieriger werdenden Situation umgehen können.

Bitte beten Sie für die Mitarbeiter in Russland

☒ um Schutz.

☒ um Weisheit, Glaubensmut und Zuversicht.

☒ um Bewahrung davor, in den Militärdienst eingezogen zu werden (auch für ihre Söhne).

☒ um göttliche Kraft in allen Anfechtungen und Herausforderungen.

☒ für die Weiterführung möglichst vieler der bisherigen Dienste zum Segen für viele.

☒ dass Gott sich dort verherrlicht trotz der gegenwärtigen politisch sehr schwierigen Situation.

Russland: Gebet für Weiterführung der Missionsarbeit

Das Missionswerk "Licht im Osten" bittet darum, dass Christen zusammenstehen und beten:

- ☒ um Weisheit von oben für alle Überlegungen und Besprechungen, wie der Missionsdienst von LICHT IM OSTEN in Russland weitergeführt werden kann und soll.
- ☒ um Gottes Führung, Weisheit, Glaubensmut und Zuversicht.
- ☒ um Bewahrung unserer Missionare und deren Söhne davor, in den Militärdienst einberufen zu werden.
- ☒ dafür, dass sie für die Menschen in ihrer Umgebung Salz und Licht sind und Orientierung geben können – auch ganz besonders für die Menschen in ihren Gemeinden.
- ☒ dass der christliche Mediendienst in Russland weitergeführt werden kann.

Spanien: Küster bei mutmaßlich islamistischem Anschlag ermordet

Aus Marokko stammender Angreifer verletzte mit Machete vier weitere Personen

Algeciras/Cádiz/Barcelona/Limburg (IDEA) – Kirchenvertreter haben mit Entsetzen auf einen mutmaßlich islamistischen Anschlag in der spanischen Stadt Algeciras reagiert. Am 25. Januar war ein aus Marokko stammender Angreifer mit einer Machete in zwei katholische Kirchen der andalusischen Stadt eingedrungen und ermordete einen Küster. Außerdem verletzte er vier weitere Personen. Augenzeugen berichteten, dass der 25-Jährige zuerst mit dem Ruf „für Allah“ in die Kapelle San Isidro eingedrungen sei und die Menschen dort aufgefordert habe, zum Islam zu konvertieren. Dabei verletzte er den Pfarrer der Gemeinde, Antonio Rodríguez Lucena. Daraufhin drang er in die nahe gelegene Kirche Nuestra Señora de la Palma ein und tötete laut spanischen Medienberichten den Kirchendiener Diego Valencia Pérez. Die örtliche Polizei habe den mutmaßlichen Attentäter schließlich verhaftet. Der Bürgermeister von Algeciras, José Ignacio Landaluce, ordnete als Reaktion eine eintägige Trauer in der Stadt an und erklärte im Rahmen einer Gedenkveranstaltung für den ermordeten Kirchendiener: „Wir wollen eine Gesellschaft, in der gegenseitiger Respekt und Toleranz vorherrschen, denn gemeinsam sind wir stärker und werden auch in schwierigen Zeiten wie diesen für die Freiheit, die Sicherheit und den Frieden unserer Nachbarn kämpfen.“

Bischöfe: Diese Gewalt widerspricht dem Willen Gottes

Der Bischof der Diözese von Cádiz und Ceuta, Rafael Zornoza Boy, verurteilte den Anschlag. Diese Gewalt widerspreche „dem Willen Gottes und der Lehre der Kirche“ und beeinträchtige zutiefst „das von der großen Mehrheit der Bevölkerung gewünschte friedliche Zusammenleben“. „Wir möchten der Familie und den Freunden von D. Diego Valencia, der der Gemeinde und der Stadt sehr am Herzen lag, unsere Verbundenheit und Unterstützung für seinen Einsatz und seine Freundlichkeit gegenüber allen zum Ausdruck bringen und gleichzeitig unsere Gebete für seine ewige Ruhe erheben.“ Er selbst wolle ein Bote des Friedens und der Barmherzigkeit in einer Welt sein, in der es „so viele Spannungen und so viele Erscheinungsformen unmenschlicher Gewalt“ gebe, heißt es in einer Mitteilung seiner Diözese. Auch der Präsident der Spanischen Bischofskonferenz, Kardinal Juan José Omella (Barcelona), zeigte sich schockiert. Auf Twitter teilte er mit, dass er „für die Opfer dieser Gräueltat und für ihre Familien“ bete.

Bätzing: Fanatiker dürfen das gute Miteinander nicht zerstören

Der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Georg Bätzing (Limburg), bekundete seine Anteilnahme: „Ich bin in dieser Stunde den Opfern des Anschlags, ihren Angehörigen und Freunden sowie der ganzen Kirche in Andalusien im Gebet verbunden.“ Die Region habe „eine bewegte Geschichte religiös-politischer Auseinandersetzungen und ebenso des friedlichen Zusammenlebens von Menschen verschiedenen Glaubens“, so Bätzing laut einer Mitteilung der Bischofskonferenz. Es dürfe Fanatikern nicht erlaubt werden, „das gute Miteinander, das dort heute herrscht, zu zerstören. Niemals darf die Religion Grund oder Anlass sein für Gewalttaten!“

Sudan: Kein Rückzug für die Kirchen

Trotz der erneuten Bemühungen der Regierung, den Sudan wieder unter islamistische Herrschaft zu stellen, sind die Bibelschulen weiterhin aktiv und wachsen. Sie vermitteln Hunderten von gegenwärtigen und zukünftigen Kirchenleitern wertvolle Bibellehre durch Kurse auf dem Campus, Fernkurse und regelmäßige Seminare und Treffen. Die vielen Kirchen, die im Sudan noch tätig sind, brauchen Weisheit und Mut.

Quelle: WORLDNEWS 290/ Bridgeway Publications / Barnabas-Fonds übersetzt und bearbeitet AKREF

Tschad: Wie geht es den Christen im Land

Die Christen machen etwa ein Drittel der mehrheitlich muslimischen Bevölkerung des Tschads aus

Die Christen machen etwa ein Drittel der mehrheitlich muslimischen Bevölkerung des Tschad aus und genießen mehr Freiheit als in anderen Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit. Obwohl die Regierung säkular ist und eine Trennung zwischen Staat und Religion vorsieht, ist die Scharia erlaubt. Muslime dominieren die Politik, den öffentlichen Dienst, die Streitkräfte und die Wirtschaft, was bedeutet, dass viele Christen, vor allem die einfachen Menschen ohne Bildung, anfällig für Ausbeutung sind.

Die Kirche im Tschad ist seit jeher in den Bereichen Evangelisation, Kirchenentwicklung, Bildung und Gesundheitsdienste aktiv, aber ihre Bemühungen machen sie noch nicht zu einer nationalen Kraft. Eine christliche Initiative ist das Kultur- und Evangelisationszentrum, das mit dem Ziel gegründet wurde, Christen zu erziehen und sie für den christlichen Einsatz und Dienst auszurüsten. Seine Bibliothek umfasst mehr als 2500 Bände, die Lehrern, Forschern, Pastoren, Studenten und Evangelisten zur Verfügung stehen.

Quelle: Bridgeway übersetzt und bearbeitet AKREF

Ukraine: Erstmals seit Kriegsausbruch Haftstrafe für Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen

AKREF-A/21.01.23 - Erstmals seit der russischen Invasion im Februar 2022 ist bekannt geworden, dass ein Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen von einem ukrainischen Gericht zu einer unbedingten Haftstrafe verurteilt wurde. Am 16. Januar 2023 verwarf das Berufungsgericht in Iwano-Frankiwsk im Westen des Landes die Berufung des 46-jährigen Christen Vitaly Alekseenko gegen seine Verurteilung zu einem Jahr Haft. Er wurde aufgefordert, am 20. Januar die schriftliche Urteilsausfertigung abzuholen. Unmittelbar danach wird er voraussichtlich ins Gefängnis gebracht. „Ich habe vor Gericht erklärt, dass ich weiß, dass ich das Gesetz der Ukraine gebrochen habe. Aber nach dem Gesetz Gottes bin ich nicht schuldig. Ich möchte ehrlich zu mir selbst sein.“, erklärte Alekseenko nach der Berufungsverhandlung gegenüber Forum 18. Er fügte hinzu, dass er sowohl vom Gericht erster Instanz als auch vom Berufungsgericht zu einer bedingten Haftstrafe verurteilt worden wäre, hätte er sein „Verbrechen“ bereut.

Juri Scheliazhenko von der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung wertet die Entscheidung des Berufungsgerichts als schlechte Nachricht. „Es ist ein gefährlicher Präzedenzfall, dass das Berufungsgericht die Verurteilung eines Wehrdienstverweigerers aus Gewissensgründen zu einer Haftstrafe bestätigt hat“, erklärte er von Kiew aus gegenüber Forum 18. Alekseenko, ein Binnenvertriebener aus der Region Donezk, wurde im Juni 2022 vor die Rekrutierungsstelle in Iwano-Frankiwsk geladen. Dort erklärte er, dass er aus Glaubensgründen keinen Dienst mit der Waffe leisten könnte. Ein ziviler Wehrersatzdienst wurde ihm verweigert und der Fall an die Staatsanwaltschaft übermittelt. Am 15. September 2022 wurde er vom Stadtgericht Iwano-Frankiwsk zu einem Jahr Haft verurteilt. Auf Anfrage von Forum 18 bei der Rekrutierungsstelle, weshalb man Alekseenko nicht einen Wehrersatzdienst bei einer in Kriegszeiten benötigten Institution, z.B. in einem Krankenhaus, angeboten hätte, blieb unbeantwortet. In vier vorherigen Strafverfahren wurden vier Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen zu bedingten Haftstrafen von 3 bzw. 4 Jahren verurteilt. Laut einem Dekret der ukrainischen Regierung sind nur die Angehörigen von zehn anerkannten Religionsgemeinschaften berechtigt, zivilen Wehrersatzdienst zu leisten. Eine dieser Gemeinschaften sind die Zeugen Jehovas. Nur 67 Verfahren wurden gegen Angehörige dieser Gemeinschaft eingeleitet, von denen 44 bereits (Stand Januar 2023) eingestellt wurden. In Anbetracht der Tatsache, dass Tausende Zeugen Jehovas vor den Rekrutierungsstellen erscheinen mussten, äußerte sich ein Vertreter der Gemeinschaft lobend gegenüber Forum 18: „Es ist ein positives Zeichen, dass die Regierung Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen selbst während eines militärischen Konflikts respektiert.“ Juri Scheliazhenko von der Pazifistischen Bewegung merkte an, dass die Urteile gegen alle fünf Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen nicht mehr im öffentlichen Onlineregister der Gerichtsurteile aufscheinen, was ihn zu dem Schluss veranlasst, dass dadurch Menschenrechtsverletzungen vor der Öffentlichkeit vertuscht werden sollen.

Die Behinderung des Zugangs zum zivilen Wehrersatzdienst hat eine lange Vorgeschichte in der Ukraine. Am 9 Februar 2022, also noch vor der russischen Invasion, betonte der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in seinen Abschließenden Bemerkungen zur Ukraine, dass ein alternativer Wehrersatzdienst für alle Wehrdienstverweigerer zur Verfügung stehen sollte, unabhängig davon, ob sie den Wehrdienst aufgrund religiöser oder nicht-religiöser Überzeugungen verweigern. Am 21. August 2022 teilte das ukrainische Verteidigungsministerium der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung mit, dass das Recht auf zivilen Wehrersatzdienst ausgesetzt wäre, so lange Kriegsrecht herrscht. Russland hat nach einem Bericht des UN-Hochkommissars für Menschenrechte vom Mai 2022 in den seit 2014 illegal besetzten Gebieten der Ukraine bis dahin über 3.000 Männer zum Militärdienst einberufen.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 17. Januar 2023).

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

Ukraine: Hilfsgüter werden dringend gebraucht

Das Hilfswerk Licht im Osten berichtet

(Kiew, Leiter von LICHT IM OSTEN Ukraine, aktuell in Deutschland) berichtet: „In enger Zusammenarbeit mit LICHT IM OSTEN Deutschland sind seit Beginn der groß angelegten Invasion durch die russischen Besatzer bereits mehr als 280.000 Kilogramm Hilfsgüter in die Ukraine geliefert worden. Dies ist eine immens notwendige und wichtige Hilfe! Mein Herz ist gerührt und begeistert wegen der Opferbereitschaft vieler Missionsfreunde in Deutschland. Dank ihrer Spenden sind wir in der Lage, jeden Monat 3.000 bis 3.500 Lebensmittelpakete an bedürftige Flüchtlingsfamilien [in der Ukraine] zu verteilen! Dies ist eine notwendige Hilfe zur rechten Zeit! Doch der größte Wert dieser Hilfe liegt in der Möglichkeit, den Menschen das Evangelium zu verkünden! ...

Alle Menschen, die Lebensmittelhilfe erhalten, nehmen auch unsere Literatur [Bibeln, christliche Bücher und Zeitschriften] mit nach Hause ... Was die Literatur betrifft, stellen wir fest, dass in der Ukraine aktuell ein großer Hunger danach besteht! ... Deshalb verbreitet unsere Mission durch unsere Pastoren, Missionare und Ehrenamtlichen eine enorme Menge an Literatur! Jede Woche werden zwei bis drei Paletten aus unserem Lager [in Kiew] in jeden Winkel der Ukraine verschickt! ... Trotz der harten und verzweifelten Umstände wenden sich viele Menschen in der Ukraine Gott zu!“

☒ Dafür danken wir Gott!

Bitte beten Sie

☒ dafür, dass auch weiterhin in der Ukraine viele Lebensmittelpakete erstellt und verteilt werden können und Hilfsgüterlieferungen in die Ukraine möglich sind.

☒ dass die Offenheit für Bibeln und christliche Literatur erhalten bleibt und viele Menschen in der Ukraine noch zu einer persönlichen Glaubensbeziehung zu Jesus Christus finden.

☒ um Bewahrung für unsere Mitarbeiter bei allen Hilfsgüter- und Literaturtransporten innerhalb der Ukraine.

Der Leiter hat in Zusammenarbeit mit einer Stuttgarter Baptistengemeinde begonnen, „in Stuttgart Gottesdienste für Flüchtlinge aus der Ukraine durchzuführen. Gott hat diese neue Gemeinde sehr gesegnet! Jeden Sonntag kommen mehr als 200 Besucher zum Gottesdienst! Gelobt sei Gott! Es kommen nicht nur Gläubige, sondern auch viele, die vor dem Krieg noch nie in einer protestantischen Gemeinde waren!“ Von ihnen sind schon manche zum Glauben gekommen.

☒ Bitte beten Sie für die Ukrainer, die diese Gottesdienste besuchen um Glaubenswachstum, auch um Hoffnung und Vertrauen im Blick auf ihre Zukunft.

USA: Großdemonstration für ungeborene Kinder

„Marsch für das Leben“: Ein Schritt weiter auf dem Weg zum Lebensrecht

Washington (IDEA) – Für das Lebensrecht ungeborener Kinder sind am 20. Januar in der US-Hauptstadt Washington D.C. Zehntausende Demonstranten auf die Straße gegangen. Schätzungen zufolge zogen bis zu 100.000 Menschen am Kapitol, dem Sitz der beiden Parlamentskammern, vorbei. Der jährlich stattfindende „Marsch für das Leben“ war 1974 ins Leben gerufen worden als Reaktion auf das Grundsatzurteil „Roe gegen Wade“ des Obersten Gerichts aus dem Jahr 1973. Dieses hatte Schwangerschaftsabbrüche de facto für rechtmäßig erklärt. Im vorigen Jahr kippte das Gericht dieses Urteil und stellte fest, dass Abtreibung kein Grundrecht sei. Beim 50. „Marsch für das Leben“ feierten Abtreibungsgegner jetzt dieses Urteil als einen Sieg und einen ersten Schritt auf dem Weg zu einem umfassenden Lebensrecht für Kinder im Mutterleib. Nun ist es an den 50 Bundesstaaten, die Gesetzesregeln festzulegen. Die Präsidentin der Bewegung „Marsch für das Leben“, Jeanne Mancini (Bundesstaat Virginia), erinnerte an die Millionen Menschenleben, die man in den vergangenen 50 Jahren durch Abtreibung verloren habe. Trotz des Erfolges vor dem Obersten Gericht seien die Bemühungen für eine „Kultur des Lebens“ noch längst nicht abgeschlossen. Der Katholikin zufolge wollen die Abtreibungsgegner künftig verstärkte Demonstrationen in den einzelnen Bundesstaaten abhalten.

Biden für „Recht auf Abtreibung“

Mehreren Umfragen zufolge sind Lebensschützer in den USA in der Minderheit. Etwa 30 Prozent der Befragten begrüßen das jüngste Urteil des Obersten Gerichts; rund 60 Prozent sind dagegen. Zu den Befürwortern eines „Rechts auf Abtreibung“ zählt auch der katholische US-Präsident Joe Biden. Hingegen begrüßte der römisch-katholische Bischof von Arlington, Michael Burbidge, beim Marsch das Ende der weitgehenden Abtreibungsfreigabe. Dieser „Schandfleck“ im Rechtssystem der USA sei verschwunden.

Schauspieler: Der Satan befördert Abtreibungen

Zu den Rednern beim „Marsch für das Leben“ zählte der Schauspieler Jonathan Roumie, der in der Filmserie „The Chosen – Die Auserwählten“ Jesus spielt. Weltweit haben mehr als 260 Millionen Menschen die Serie gesehen. Der Katholik rief beim Marsch dazu auf, den Kampf gegen Abtreibung fortzusetzen. Die Tötung von Kindern im Mutterleib sei eine Taktik des Satans, der Leben zerstören wolle. Der Evangelist Franklin Graham, Leiter des Hilfswerks Samaritan's Purse – Die Barmherzigen Samariter“ und Präsident der Billy-Graham-Gesellschaft, sprach ein Gebet beim „Marsch für das Leben“. Er hob hervor, dass Gott das Leben geschaffen habe. Jedes Menschenleben sei kostbar; deshalb dürfe man Abtreibung nicht als ein Mittel zur Geburtenkontrolle ansehen. Der 70-jährige Graham ist der älteste Sohn des Evangelisten Billy Graham (1918-2018). Auch in Deutschland findet jedes Jahr ein „Marsch für das Leben“ statt. Zuletzt kamen am 17. September etwa 4.000 Demonstranten in Berlin zusammen.

USA: Jesus-T-Shirt wird zum Ärgernis

Jungem Mann droht Hausverbot in Einkaufszentrum

Bloomington (IDEA) – Wer ein Hemd mit Jesus-Aufdruck trägt, muss in den USA mit unangenehmen Konsequenzen rechnen. So wurde einem jungen Mann in einem Einkaufszentrum in Bloomington (Bundesstaat Minnesota) mit Hausverbot gedroht, weil er ein T-Shirt mit dem Aufdruck „Jesus Saves“ (Jesus rettet) trug. Ein Sicherheitsangestellter forderte den Straßenprediger Paul Shoro auf, das Kleidungsstück abzulegen, weil der Name Jesus eine religiöse Aussage sei und dies bei Kunden Ärgernis erregen könne. Die Betreiber der „Mall of America“ könnten religiöse Werbung nicht dulden. Shoro blieben nur zwei Möglichkeiten: entweder das T-Shirt auszuziehen oder das Einkaufszentrum zu verlassen. Wie die Online-Zeitung Christian Post weiter berichtet, hatte Shoro bereits einige Wochen zuvor in demselben Einkaufszentrum Traktate verteilt und öffentlich zum Glauben an Jesus Christus eingeladen. Bereits damals sei er ermahnt worden, dass dies unzulässig sei. Die „Mall of America“ zählt mit einer Fläche von etwa 390.000 Quadratmetern und jährlich rund 42 Millionen Besuchern zu den größten Einkaufszentren der Welt.

Vietnam: Pastor während Haft gestorben

Christen werden immer wieder zum Ziel von Schikanen und Gewalt

(Open Doors, Kelkheim) – Am 5. Januar ist Pastor Phuc* in einem Gefängnis aus unbekanntem Grund gestorben. Er wurde 2018 verhaftet und verbüßte eine 16-jährige Haftstrafe, weil er sich angeblich einer antikommunistischen politischen Gruppe angeschlossen hatte. Im Gefängnis wurde er gefoltert und unter Druck gesetzt, die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zuzugeben, doch Phuc weigerte sich. Er hinterlässt eine Frau und zwei Kinder.

„Immer wieder bedroht und gefoltert“

Phuc gehört zu einer der ethnischen Minderheiten Vietnams und lebte in der Küstenregion. Nach seiner Verhaftung wurde er „Aktivitäten gegen die Sozialistische Republik Vietnam“ für schuldig befunden und zu 16 Jahren Haft verurteilt. In der Anklageschrift hieß es, er habe sich der „Provisorischen Nationalen Regierung Vietnams“ in den USA angeschlossen und sei zum „Interimsvorsitzenden des Interreligiösen Rates in Vietnam“ ernannt worden. Die Provisorische Nationale Regierung ist eine politische Gruppe, die von einigen außerhalb Vietnams lebenden Vietnamesen gegründet wurde, die die kommunistische Partei im Land ablehnen.

Am Morgen des 5. Januar erhielt Phucs Frau einen Anruf und wurde aufgefordert, ihren Mann zu besuchen, da er sehr krank war. Sie wurde an einen bestimmten Ort beordert und dort nach einer Stunde Wartezeit informiert, dass ihr Mann seiner Krankheit erlegen sei. Pastor Phucs Bruder Van* widerspricht dem: „Mein Bruder ist nicht an seiner Krankheit gestorben; er könnte absichtlich verletzt worden sein. Sie haben ihn immer wieder bedroht, gefoltert und versucht ihn zu zwingen, die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zuzugeben, aber er weigerte sich standhaft, dies zu tun.“

Kein Zugang zum Leichnam

Er fügte hinzu, dass der Familie nicht erlaubt worden sei, den Leichnam seines Bruders zu sehen. Die örtlichen Behörden teilten der Familie zudem mit, dass nach vietnamesischem Recht die sterblichen Überreste einer Person, die während der Verbüßung einer Haftstrafe gestorben ist, erst nach drei Jahren freigegeben werden. „Sie haben seinen Leichnam sofort abgedeckt, so dass wir nicht sehen oder wissen können, was wirklich mit ihm und seinem Körper geschehen ist. Es schien, als wollten sie etwas verbergen. Wir wissen auch nichts von einem Gesetz, das uns verbietet, die Leiche nach Hause zu bringen“, so Van weiter.

„Es waren viele Polizisten vor Ort, die das Haus meines Bruders und meine Wohnung kontrollierten. Vielleicht befürchteten sie, dass unsere Familie wegen der Vorfälle gewalttätig reagieren wird. Das werden wir nicht tun. Wir wollen nur wissen, was wirklich mit ihm passiert ist“, sagte Van.

Einer der lokalen Partner von Open Doors, Athan*, steht in Kontakt mit der Familie und bestätigte, wie erschüttert sie von der Nachricht sind: „Pastor Phucs Frau und seine Kinder haben schwere Jahre hinter sich, und jetzt ist auch noch ihre Hoffnung auf die Rückkehr ihres Ehemannes und Vaters zerbrochen.“ Open Doors hat Pastor Phucs Familie während seiner Haftzeit finanziell unterstützt. Lokale Partner prüfen derzeit die Bereitstellung zusätzlicher Hilfen für die aktuellen Herausforderungen der Familie.

Christen als Feindbild der kommunistischen Regierung

Wie in den meisten kommunistischen Ländern gelten Christen in Vietnam als unpatriotisch und regierungskritisch und werden streng überwacht, zensiert und diskriminiert. Die Kommunistische Partei Vietnams schikaniert Angehörige der christlichen Minderheit und verlangt, dass alle religiösen Einrichtungen vom Regierungsausschuss für religiöse Angelegenheiten überwacht werden. Die Regierung beschäftigt sogar lokale Kriminelle und ermutigt sie stillschweigend dazu, Christen anzugreifen und Kirchen zu enteignen. Bei gewaltsamen Übergriffen gegen Christen kommt es fast nie zu einer Anklage gegen die Täter. Viele lokale Behörden bestärken zudem die örtliche Bevölkerung, christliche Gruppen benachteiligen. In den Medien werden Christen so dargestellt, als versuchten sie, die koloniale Ideologie wieder einzuführen; und es werden ihnen aufrührerische und regierungsfeindliche Aktivitäten vorgeworfen.

Auf dem [Weltverfolgungsindex 2023](#) belegt [Vietnam](#) den 25. Platz unter den Ländern, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

Quelle: Open Doors

https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/vietnam-pastor-waehrend-haft-gestorben?pk_campaign=NA&pk_kwd=20230120

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]